



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-  
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiszelle 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Vertragsregister.

Inhalt: Opposition! — Sabotage! — Der Bericht des Ausschusses des christlichen Gesamtverbandes für 1912. — Korrespondenzen: (Halle a. S., Kempten). — Rundschau. — Eingegangene Druckschriften. — Adressenveränderungen. — Anzeige.

Für die Woche vom 6. bis 12. April 1913 ist die Beitragsmarke in das mit 15 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Opposition!

Ueber dieses interessante Thema macht L. Neuhäuser in seinem „Sozialistischen Wochenblatt“ folgende bemerkenswerte Ausführungen:

„Und wäre der Verein noch so klein und der eine oder der andere Verhandlungsgegenstand noch so bedeutungslos: Opposition muß sein!

Es gibt Leute im Vereinsleben, für die das Bedürfnis, Opposition um jeden Preis zu machen, so groß ist, daß sie lieber sterben würden, als auf ihre Opposition zu verzichten!“

„Um sie (nämlich die Opposition!) dreht sich ihr Vereinsinteresse, ihr Interesse an den Verhandlungen, sie warten förmlich auf das Stichwort, um mit ihrer Opposition hervorzutreten und das oberste zu unterst zu lehren. So lange die bedingungslose Opposition vielleicht im Verein erfolglos weinpflanzt und im Verein der Zigarettenmacher ohne Mundstück betrieben wird, hat es ja weiter nichts auf sich, da wirkt sie grotesk.“

Anderes jedoch ist es, wenn große und ernsthafte Organisationen das zweifelhafte Glück besitzen, mit solchen Opponenten aus Prinzip rechnen zu müssen. Denen nichts recht zu machen ist, die alles besser wissen und wo nichts auf der Höhe der Zeit steht als sie selbst. Solche Kritiker sind oft instand, als Versammlungsleiter zu wirken, und sind sie erst wenigstens in einem Verein bekannt, tragen sie nicht selten dazu bei, daß gerade die, denen an einer ruhigen und sachlichen Erledigung der Vereinsgeschäfte gelegen ist, den Versammlungen fern bleiben. Mancher Versammlungsleiter ist durch solche unangenehme Personen schon zur Verzweiflung getrieben worden, denn meist wissen die Betreffenden ganz genau die Geschäftsordnung auszubenten. Hinter jedem ihnen unangenehmen Redner verlangen sie das Wort „zur sachlichen Richtigstellung“, „zur Aufklärung“, „zur persönlichen Bemerkung“ usw. Besondere Virtuosität besitzen sie in der Anbringung von Zwischenrufen, die den Redner aus dem Konzept bringen sollen; wenn sie ins Blaue hinein etwas behaupten, soll die Versammlung das als lautere Weisheit und Wahrheit anerkennen, bei gegenteiligen Behauptungen verlangen sie „Beiwiese“. Greifen sie einen Redner persönlich an, geschieht es in „berechtigter Abwehr“, behandelt man sie in der gleichen Weise, rufen sie nach dem „Schutz des Vorsitzenden“, macht man sie aufmerksam, sich kürzer zu fassen oder zur Sache zu sprechen, werden sie „in ihrer Redefrei-

heit beschränkt“ — kurzum, in allen fällt der Oppositionelle stets auf die Knie wie eine Katze. Er ist stets der „Angegriffene“, der „Beleidigte“, der „Sachliche“ und selbstverständlich Theoretiker und Praktiker in optima forma.

Daß durch solche Allesbesserwisser und Nichtsköner oft der Verlauf einer ganzen Versammlung geführt wird, was schadet es, „man hat den Brüdern einmal wieder bewiesen“, oder „dem Vorstand haben wir es heute mal ordentlich gesteckt“, oder „der soll uns mal wieder kommen“, und befriedigt ob der gelungenen Heldentaten marschiert man zum Versammlungslokal mit einigen gleichgesinnten Fremden hinaus und sennt sich bei einem schäumenden Glas Bier noch lange in dem Bewußtsein, eine große Tat getan zu haben. Und ein kleines Häuflein solcher, die nicht alle werden, flammten den tapferen Kämpfer an, der selbst dem Vorstand „die Wahrheit gesagt“ und ihm nachgewiesen hat, daß 2 mal 2 gleich 5 ist.

Sicherlich kann man eine Sache von zwei Seiten betrachten und je nach Erfahrung, Alter, persönlicher Meinung und Temperament können nicht alle Redner gleich und einer Meinung sein. Es kommt aber nicht darauf an, daß man eine andere Meinung in diesem oder jenem Punkte vertritt, sondern wie es geschieht. Ob man sich aufklären lassen will, ob man Besseres vorschlagen weiß oder ob man alles besser wissen will, ob man die Sache oder seine Person in den Vordergrund stellt, von welchen Bestrebungen man bei Geltendmachung seiner Meinung geleitet wird, das ist das Entscheidende in einer Diskussion. Und da hapert es eben bei manchem bedeutend. Jede Versammlung hat meist ein sicheres Gefühl dafür, aus welchen Motiven heraus ein Redner spricht, und je nachdem hat er „das Ohr des hohen Hauses“ oder man lacht über ihn. Eventuell kann man sich empören.

Nun kommt aber noch etwas anderes hinzu, was mit Vorliebe von der Opposition ignoriert wird, und das ist die Tatsache, daß je größer eine Organisation ist, auch desto diffiziler ihre Verhältnisse liegen, daß wie der Loise das Schiff an Klippen und Rissen vorbei in den sicheren Hafen führen muß, auch eine solche Vereinsleitung gehalten ist, durch Konzessionen und Kompromisse aller Art das Schiffelein der Organisation vor Sabarien zu bewahren, daß die Politik und die Taktik einer großen Organisation sich jeweils veränderten Verhältnissen anpassen muß und täglich wechselnden Erscheinungen auf dem ihr angewiesenen Gebiete zu folgen hat. Dann ist natürlich bei den Oppositionellen „das Prinzip“ bedroht, die „Organisation gefährdet“, „der Vorstand nicht auf der Höhe der Zeit“. Für den geborenen Oppositionellen gibt es keine Schwierigkeiten in der Organisationsleitung, da ist alles reiflos einfach und glatt wie ein Brett. Und da leider eine große Anzahl von Mitgliedern in den Tag hinein leben, so sind sie eher geneigt, der Formel einer einfach gelagerten oppositionellen Rede zuzustimmen, als daß man versuchen möchte, den verkehrten Pfaden zu folgen, mit denen die Vereinsleitung in Wahrung der Vereins-

interessen zu rechnen hat. In keiner Organisation geht es heute praktisch anders zu machen, als daß man die Geschäfte des Vereins und die Vertretung seiner Interessen nach innen und außen in die Hände einer bestimmten Anzahl Personen (Vorstand) legt. Daß man hierzu ausgerechnet die Dummsten und Unfähigsten wählt, ist wohl überall ausgeschlossen, wenn man aber manchen Oppositionsredner hört, könnte man bald dieser Auffassung sein. Wenn man nun weiter berücksichtigt, daß dieser Vorstand jahraus, jahrein die Zentralfunktion bildet, wo alle Nerven der Organisation zusammenlaufen, daß er täglich sich im Werdegang des Vereinslebens intensiv mit allen möglichen Erscheinungen zu beschäftigen hat, daß Hilfe- und Ratsuchende zu ihm kommen, daß er besser unterrichtet sein muß als jedes andere Mitglied, und wenn er außerdem durch seine Geschäftsführung sich des ihm übertragenen Vertrauens würdig erwiesen hat, dann sollte die Kritik davon gebührend Notiz nehmen. Desto deprimierender muß es wirken, wenn diesen Personen eine durch nichts begründete Opposition gemacht wird, weil man erstens dadurch ihre Arbeitsfreudigkeit herabmindert, zweitens geleistete Arbeit mit Unbunt lohnt und drittens in Wirklichkeit es selbst nicht besser machen kann. Solche Leute beweisen nur, daß sie ihre eigene Lage nicht begriffen haben oder dremender Ehrgeiz treibt sie, eine Rolle spielen zu wollen um jeden Preis — auch um den einer prinzipiellen Opposition gegen alles und jedes. Ohne sich die Mühe zu geben, einer Sache auf den Grund zu gehen, genügt für sie eine gewisse Oberflächlichkeit in der Beurteilung, und der Jude wird verbrannt. Damit kann keine Organisation wirtschaften, das muß sie ruinieren. Man kann ja sagen, das ist ja bloß der und der, aber macht ein Korb gesunder Wepfel einen hineingelegten faulen auch gesund oder kommt es nicht vielmehr umgekehrt? In unserer heutigen Zeit lautet die Parole: Arbeiten, nicht nörgeln! Daß man an allem herumkautelt, dazu sind wahrlich die Verhältnisse nicht angetan. Gewiß soll man kritisieren, wo es am Plage ist und wenn man kann, bessere Vorschläge machen. Auch die Führer können irren, denn sie sind auch bloß Menschen. Aber man soll kritisieren um des Wohls des Ganzen willen und nicht aus purer Nörgelsucht. Damit beweist man sein Interesse an der Organisation nicht. Eher das Gegenteil. Im Innern gibt es Reibereien, Unlust am Vereinsleben und persönlichen Streitigkeiten. Stelle man immer die Sache über die Person bei der Prüfung der Vereinsgeschäfte und seiner Leitung, dann wird auch das Ganze gedeihen. Dann wird zur rechten Zeit und am rechten Plage ein Opponenten sein Gutes haben, dann wird belebend auf den Verein eingewirkt und seine Interessen gefördert. Darum fort mit der Phrase: „Opposition muß sein!“ Das ist nicht wahr. Opposition kann sein, aber sie muß nicht sein. Sonst verrennt man sich in eine Sackgasse und stempelt eine an sich in gegebenen Fällen notwendige Sache zu einem Prinzip und schafft damit den Aberglauben, daß Opposition jederzeit und um jeden Preis ein Ver-

dient um die Organisation sei. Sonst kommt man dahin, daß nur der sich als richtiges und tüchtiges Vereinsmitglied fühlt, der in jeder Versammlung und in jedem Punkte einen oppositionellen Standpunkt einnimmt. Damit ist aber kein Verein vorwärts zu bringen, eher das Gegenteil, wie die tägliche Beobachtung lehrt."

## Sabotage!

Das Schlagwort Sabotage haben die Scharfmacher aus dem Ausland nach Deutschland importiert. Und nun wird es auch nicht mehr verschwinden. Wo irgendein Streik beginnt, werden die kapitalistischen Aukoren Ausblick nach irgendwelchen Zufälligkeiten halten und sie werden versuchen, diese mit irgendwelcher Sabotage in Verbindung zu bringen.

In einem komplizierten Betrieb treten Arbeiter in den Streik — gelernte und eingearbeitete Arbeiter. Die im Betrieb verbliebenen Arbeiter — der Streikbruch charakterisiert sie schon allein genügend — nehmen die einzelnen, auch die gefährlichsten Posten ein. Sie verstehen vielfach nichts von der ihnen zugewiesenen Arbeit, ebensowenig wie die Hintereinander, die sich später während des Streiks zu den verbliebenen Streikbrechern gesellen. Da passiert im Betrieb irgendein Unfall, ein Defekt an der Maschine zeigt sich, den man nicht eher bemerkt hat, als bis die Maschine verpagte. Was liegt den Scharfmachern da näher, als die aus Zufälligkeiten oder aus dem Unvermögen der Streikbrecher hervorgerufene Störung als von Streikenden begangene Sabotage in die Welt hinauszuschreiben. Wer denkt nicht an die Vorkommnisse anlässlich des Maschinen- und Heizerstreiks auf der „Union“ in Dortmund. Monatlang wurden die freien Gewerkschaften wegen der auf dem Werk vorgenommenen „Sabotage“ angegriffen, es wurde nach dem Staatsanwalt geheult. Als sich dann das Gericht mit der Sache beschäftigte, stellte es sich heraus, daß der Sabotagefall ein Produkt scharfmacherischer Phantasie war, eine ausgeheckte Falschmeldung von Leuten, denen jedes Mittel recht ist, wenn sie nur die freien Gewerkschaften herabsetzen und verächtlichen können. Es ist so weit gekommen, daß die Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands kürzlich noch öffentliche Verwahrung gegen das Treiben der besoldeten Unternehmerrechte und der Scharfmacher einlegen mußte, weil diese sich nicht scheuten, den Gewerkschaften vorzuwerfen, daß sie die Sabotage propagierten.

Der Einspruch der Generalkommission gegen diese Verleumdung hat einige bürgerliche Organe veranlaßt, sich mit der Frage der Sabotage näher zu beschäftigen. So die „Kölnische Zeitung“ vom 22. März, anknüpfend an ein Vorkommnis auf der Hamburger Hochbahn, wo am Abend des ersten Streiktages auf der Strecke Kurzschluß eintrat und den Verkehr lahm legte. Die „Kölnische Zeitung“ schreibt:

Es lag menschlich nahe, zu glauben, daß ein Streikender dieses äußerst ungeeignete Mittel angewandt habe, um an der Verwaltung sein Mitleid zu fühlen. Vor einer näheren Ueberlegung konnte diese Vermutung aber schwerlich standhalten, schon allein deshalb nicht, weil die Ausführenden, nachdem sie die Arbeit verlassen hatten, gar keinen Zugang mehr zu dem Bahnkörper hatten. Gleichwohl sind einige Zeitungen schnell bei der Hand gewesen, diesen Kurzschluß als Sabotage auszuweisen. Da es sich aber tatsächlich um ein solches Vergehen nicht gehandelt hat, war es recht und billig von der Verwaltung der Hochbahn, in einem Matte berichtend zu erklären, daß die Streikenden mit jenem Kurzschluß nichts zu tun gehabt hätten. Wahrscheinlich hat es sich um Kurzschluß infolge irgendeines Verschens gehandelt, das ja bei dem nur notdürftig und mit sehr eingeschränkten Kräften aufrechterhaltenen Betriebe erklärlich wäre. Diese Ueberlegung ist aber offenbar niemand gekommen als der Zeitung der Bahn selbst, denn sogar ein Mitglied der Bürgerschaft hat sich veranlaßt gefühlt, in öffentlicher Bürgerschaftssitzung jenen Kurzschluß als ein erwiesenes Vergehen der Streikenden zu brandmarken.

Die „Kölnische Zeitung“ zeigt dann ein weiteres Beispiel, wo streikende Hamburger Kohlenarbeiter Kabel durchschnitten haben sollen, wo sich dieser Fall aber dann soweit aufgeklärt hat, daß er mit einer Sabotage der Streikenden gar nicht in Verbindung gebracht werden konnte. Beide Fälle sind weidlich gegen die freien Gewerkschaften ausgeschaltet worden, was das köstliche Organ zugeben muß. Wenn nach ihm die Arbeiter auch manchen ungerechten Streik führen, so meint es doch, daß man den deutschen Arbeiter mit dem Vorwurf der Sabotage verschonen sollte.

Der organisierte deutsche Arbeiter steht ja leider heute bei Gelegenheit — keineswegs überall grundfähig — in scharfem Gegensatz zum Unternehmertum; er hat aber doch für den Betrieb als solchen ein weitgehendes Verständnis, eine unerschütterliche Achtung vor den seinen Händen anvertrauten technischen Einrichtungen, und er hat das damit zusammenhängende Ehrgefühl, dem sinnreichen Werke, mit dem er arbeitet, und das ihm auch tatsächlich viele Arbeit abnimmt, nicht zu schaden. Sabotage ist so schlecht wie Diebstahl, vielleicht sogar noch verwerflicher; sie ist dumm-brutale Gewalttat, das verblendete Eingeständnis des Unrechts im Streik. Wir glauben nicht, daß in der ganzen Artung der deutschen Arbeiter, die doch auch größtenteils durch die Schule des Militärdienstes gegangen sind, auch nur zu einem bemerkenswerten Bruchteil die Elemente ruhen, die nötig sind, um sich mit Sabotage zu befassen und damit ihren sozialen Kämpfen das Brandmal moral- und zuchtloser Verächtlichkeit aufzudrücken. Man sollte deshalb, schon um des deutschen Namens willen, bis zum äußersten mit dem Vorwurf der Sabotage zurückhalten, wenn er nicht unwiderleglich bewiesen werden kann.

Ohne uns auf die hier im einzelnen vorgeführten Gedanken einzulassen, müssen wir doch anerkennen, daß die „Kölnische Zeitung“ ganz gewiß da recht hat, wo sie sagt, daß die deutschen Arbeiter von Sabotage bei Streiks nichts wissen wollen. Von den mehr als 2½ Millionen organisierten Arbeitern in den freien Gewerkschaften kann das ruhig behauptet werden. Diese lehnen die Sabotage als gewerkschaftliches Kampfmittel ab. Und wo sich ein Fall ereignen sollte, der an Sabotage grenzen könnte, da werden die freien Gewerkschaften mit der Beurteilung solcher Vorkommnisse nicht zurückziehen.

Das sollte sich ganz besonders die „Deutsche Arbeiterzeitung“ merken, die in ihrer Nummer vom 23. März wieder nicht umhin kann, die freien Gewerkschaften der Sabotage wegen anzugreifen.

Da sollen bei einem Streik der Straßenbahner in Königsberg i. Pr. Streikposten bemerkt haben, wie in Schienen und Weichen erstarrter Zement mit kleinen Steinchen vermischt, gelegen hat. Die Posten haben die damit verbundene Gefahr für den Verkehr nicht zur Kenntnis der Behörde gebracht und wurden deshalb vom Landgericht in Königsberg mit Gefängnis bestraft. Das Reichsgericht hat die eingelegte Revision zurückgewiesen. Wir kennen den Fall nicht näher, aber wenn es schon wahr wäre, daß die Streikenden die Gefahren erkannten, haben sie selber doch mit der Sabotage nichts zu tun, wenigstens wird den Streikposten das nicht zum Vorwurf gemacht. Sie sind verurteilt worden, weil sie nach der vollbrachten Tat eines anderen Gefahren sahen, die sie nicht meldeten. Vielleicht hat das Gericht auch nur angenommen, daß die Streikposten die Gefahren hätten sehen müssen. Wir kennen, wie gesagt, den Fall nicht, aber wenn schon alles wahr ist, was die „Arbeiterzeitung“ über den „Sabotagefall“ schreibt — was wir stark bezweifeln — dann ist es doch höchst rülpisch von ihr, die freien Gewerkschaften, insbesondere den Transportarbeiterverband, für die Handlung einzelner Streikender verantwortlich zu machen. Wir haben oben dargelegt, was über die Haltung der freien Gewerkschaften der Sabotage gegenüber bekannt ist. Die „Kölnische Zeitung“ ist auch anständig genug gewesen, die streikenden Arbeiter vor ungerechten Vorwürfen zu schützen. Das von den Scharfmachern ausgeschaltene Blatt, die „Arbeiterzeitung“, bringt es aber weiter

fertig, in einem Atem Freie Gewerkschaften und Sabotage zu nennen, beides zusammenzuwerfen.

Nur aus der Sucht heraus, die Streikenden und ihre Organisationen unter allen Umständen zu besudeln und zu beschimpfen. Unsere Gegner haben es in der Bekämpfung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung wirklich weit gebracht.

## Der Bericht des Ausschusses des christl. Gesamtverbandes für 1912

ist jetzt im christlichen Zentralblatt veröffentlicht worden. Wenn man die bekannten Vorkommnisse in der christlichen Gewerkschaftsbewegung, vornehmlich im Berichtsjahr, sich vor Augen hält, dann muß man sagen, daß der Bericht gründlich mager ausgefallen ist. Die Ursache hierfür liegt in der Stagnation der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Die wirtschaftliche Hochkonjunktur geht vorüber und die christlichen Gewerkschaften haben organisatorisch von ihr nichts profitiert. Insbesondere eilen die deutschen den freien Gewerkschaften zu Hunderttausenden zu. Und was für die christliche Gewerkschaftsbewegung das schlimmste ist, daß gerade solche christlichen Verbände nicht vorwärts kamen oder gar zurückgingen, die innerhalb der christlichen Bewegung von Bedeutung sind. Nur sehr bescheidene Leute können z. B. die Stärkung von Organisationen, die auf das Streikrecht Verzicht geleistet haben, gleichzeitig als eine Kräftigung des gewerkschaftlichen Gedankens auffassen. Will die christliche Gewerkschaftsbewegung ein Faktor sein, mit dem die Welt rechnen soll, dann muß sie in den Hauptberufen (Bergbau, Metallindustrie, Baugewerbe usw.) zeigen, was sie leisten kann. Auch auf dem Gebiete der Organisationsfrage.

Wenn der Bericht den Ruhrstreik in den Vordergrund seiner Kritik stellt, so können wir das verstehen, aber wir vermüssen den Hinweis, daß dieser Streik der Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung stark im Wege gestanden hat. Warum will man das an der Zentrale der christlichen Gewerkschaften nicht angehen? Statt dessen gibt der Bericht den Bergarbeitern gute Lehren, wie gestreikt werden muß. Spontan ausbrechende Bewegungen sind gewerkschaftlich nicht zu dulden, Kämpfe dürfen nur auf dem Boden der Rechtslage ausgefochten werden, so heißt es im Bericht. Und um ein Musterbeispiel zu geben, wie Lohn- und Streikbewegungen zu führen sind, wird die Lohnbewegung des christlichen Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter im Saargebiet angeführt. hm! Danach darf eine Gewerkschaft allein den Lohnkampf beginnen, ohne andere vorhandene Verbände herbeizuladen. Ihre Mitwirkung muß unter allen Umständen zurückgewiesen werden, sie könnte sonst die Einheit der Bewegung stärken. Und dann stellt man sich mit 7000 organisierten Arbeitern hin und führt für 50 000 den Kampf, handelt in deren Namen, ohne zu fragen, ob die Mehrzahl dieser Arbeiter mit der Taktik der Führer dieser 7000 einverstanden ist! Und was die Verhütung spontan ausbrechender Bewegungen angeht, da hält man den Arbeitskontrakt eben ein. Christliche Führer unternehmen die Aufgabe, für die 50 000 Arbeiter die Klüftung einzureichen. Diese Klüftung besteht zu Recht, wenn auch die Hälfte der Arbeiter dagegen protestiert und der Arbeitgeber und alle Welt diese Art, den Kontrakt aufrecht zu erhalten, für geradezu verrückt erklärt. Macht alles nichts, die christliche Zentrale in Köln stellt solche Bewegungen als Musterbeispiel für andere Verbände hin. So muß es gemacht werden, wie im Saarrevier! Oder wie im Ruhrgebiet, wo man schon bei Beginn der Lohnbewegung die Einheit der Aktion zerschlägt und als schwächere Organisation auf eigene Faust handelt und sich stark genug fühlt, den Ruhrgrubenbestimmern Lohn-erhöhung abzurufen. Wie muß es in den Schächeln von Leuten aussehen, die diese gefeindlich-christliche Gewerkschaftsstrategie für die einzig richtige halten?

Dann beklagt der Bericht, daß der neugegründete christliche Landarbeiterverband, der unter der Führung Behrens steht, auf den Widerstand der Agrarier stößt. Wir empfinden das auch als ein — Unrecht. Behrens ist Mitglied des

Bundes der Landwirte, Stiebling der Konserbativen, die ihm zu Abgeordnetenmandaten verhelfen. Behrens will von einem Streikrecht der Landarbeiter nichts wissen, nicht einmal von einer anderweitigen vernünftigen Anwendung des Koalitionsrechts. Was er will, ist, daß die Invasiön der freien Gewerkschaften auf dem Lande verhütet werden muß. Aus Angst vor dem freigeberischen Landarbeiterverband, die christlichen Landarbeiterorganisationen! Die reaktionären Agrarier tun gewiß der christlichen Gewerkschaftsbewegung unrecht, wenn sie diese nicht unterstützen. Schließlich kommt doch nur ihnen die Tätigkeit Behrens in der christlichen Landarbeiterbewegung zugute.

Ferner bespricht der Bericht das bekannte Gegenständigkeitsverhältnis der christlichen Gewerkschaften mit den kirchlich-dunderschen Verbänden, das jetzt allerdings immer mehr in die Brüche geht. Jede der beiden Gewerkschaftsrichtungen erwartete aus diesem Verhältnis heraus Gewinn für sich. Der ist ausgeblieben, für die eine wie für die andere Richtung. Beiden Richtungen fehlt das Mark, die innere Verbundenheit und beide können nur durch vielseitige Doktorerei künstlich aufrecht erhalten werden. Es ist uns darum verständlich, wenn christlicherseits immer darauf hingewiesen wird, daß die christlichen Gewerkschaften aus der Notwendigkeit und auch aus den Bedürfnissen der deutschen Arbeiterklasse heraus geboren sind. In Wirklichkeit wollen die deutschen Arbeiter nichts davon wissen, sie lehnen die christlichen wie die kirchlich-dunderschen Gewerkschaften ab. Vernünftig denkende Gewerkschaftsführer würden aus diesem Verhalten der deutschen Arbeiter die nötigen Schlüsse ziehen und solche Organisationen aufgeben; aber Zerstückler der Arbeiterkraft tun das nicht.

Von dem katholischen Gewerkschaftsstreit sagt der Bericht, daß dieser bei Sozialdemokratie die Hafen in die Hände getrieben habe und daß die kirchliche Autorität im katholischen Lager den schwersten Erschütterungen ausgesetzt wurde. Mag sein, aber der Gewerkschaftsstreit hat auch die christlichen Gewerkschaften müde gemacht, wie die fortgesetzten Streikforen beweisen, so z. B. jetzt wieder in Krefeld, wo der christliche Textilarbeiterverband den kämpfenden Textilarbeitern in den Rücken fällt.

Es ist geradezu ein Skandal, wie sich christliche Verbände in Lohn- und Streikbewegungen der Arbeiter und selbst bei Aussparungen durch Unternehmer, wie in Krefeld, aufziehen. Der fortgesetzte Verrat ist wohl die Folge davon, daß die freien Gewerkschaften die christlichen in der Tarifbewegung durchschleppen, daß die christlichen Arbeiter ihre wirtschaftlichen Vorteile doch in erster Linie den freien Gewerkschaften verdanken? Ohne diese wären die christlichen Organisationen zu ohnmächtig, um etwas Durchgreifendes für ihren eigenen Anhang zu schaffen. Und trotzdem die Verräterei. Sollen die christlichen Arbeiter denn wirklich das Widerliche und Schändliche ihres Verhaltens nicht bald ein? Wie wollen sie Achtung erringen, wenn sie sich auf die Auforderungen ihrer Führer und deren Hintermänner hin fortgesetzt zu den infamsten Handlungen gegen die eigenen Arbeitsbrüder fortziehen lassen. Fürwahr, die kirchlich-gewerkschaftliche Erziehung hat „herrliche“ Früchte gezeitigt, statt Solidarität schafft sie die Demoralisation in die Arbeiterklasse hinein. Und dann stellen sich die christlichen Heerführer hin und greinen, weil ihnen die Millionen Arbeiter die wohlverdiente Beachtung entgehenbringen.

Was sonst der Bericht noch erwähnt, hat wenig Bedeutung. Die Beträge der Verbände für die christliche Gewerkschaftszentrale betragen 1912 84 082,65 Mk. gegen 80 110,27 Mk. im Vorjahr; der Klassenbestand betrug am Jahreschluß 1912 17 270,59 Mk. Die hauptsächlichsten Ausgaben betreffen das Zentralorgan und die von der Zentrale herausgegebenen fremdsprachigen Zeitungen. Vor allen Dingen kosten die Beamten der Zentrale viel Geld. Da gibt es die Redaktion, das Generalsekretariat mit seinen verschiedenen Deserenten und den sieben auswärts eingerichteten Sekretariaten zu erhalten. Für ein so schwaches Gewerbe, wie die christlichen Gewerkschaften, ein

gewaltiger Apparat. Nun, die christlichen Gewerkschaften wissen überhaupt, was für ungeheure Agitationsmittel sie aufwenden müssen, um trotz aller Protektionen und Diktormittel am Leben zu bleiben.

Die Berichte der einzelnen Sekretäre, die dem vorliegenden Gesamtbericht angegeschlossen sind, bewegen sich im gleichen Fahrwasser wie immer. Hat der Verfasser des Hauptberichts es nur zu einer fadenförmigen Klarstellung der Vorkommnisse im christlichen Gewerkschaftslager gebracht, was soll man von den einzelnen Sekretären besseres verlangen. Ihren Berichten entnehmen wir, daß in Bayern 50 548, in Baden 10 100, in Württemberg 9500, in Norddeutschland 8546 Mitglieder Ende 1912 vorhanden waren. Das ist eine Mitgliederzahl, wie sie die verschiedensten Kartelle der freien Gewerkschaften in einzelnen Städten aufweisen.

Nur in Rheinland-Westfalen gelten die christlichen Gewerkschaften noch etwas, aber auch hier sind sie von den freien Verbänden weit in den Hintergrund gedrängt worden.

Wer von einer Macht der christlichen Gewerkschaften in Deutschland spricht, verdient also unser Mitleid.

## Korrespondenzen.

**Kassel a. S.** In der am 15. März stattgefundenen Mitgliederversammlung gab zunächst Kollege Müller den Kartellbericht und gab Aufklärung über die Volksfürsorge sowohl als wie über die Beschlüsse bezügl. der Zentralbibliothek, die aufgegeben wurden. Unter Verbandsangelegenheiten wurde bekannt gegeben, daß dem Agitationskomitee das Material zu einer recht wirksamen Agitation auszugehen ist. Einige Beschwerden über die Firmen Barneke und Jovisbof, welche ihr Personal schikanieren, sollen in einer gemeinsamen Sitzung des graphischen Kartells untersucht und erledigt werden. Mit einer Beschwerde gegen die Hallsche Zeitung wegen Ungenauigkeit des Arbeitsnachweises werden sich die Tarifinstanzen zu beschäftigen haben. Am 27. April soll eine Besichtigung der Blindenanstalt und ihrer Erzeugnisse stattfinden. Nachdem noch für einen aus Hannover zugereisten Kollegen eine Leserversammlung veranstaltet wurde und einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung fanden, wurde die Versammlung geschlossen. (Eingeg. 22. 3.)

**Kempten.** Am 15. März fand eine gemeinsame Versammlung mit den Buchbindern statt, welche sich eines sehr guten Besuchs erfreute. Ueber die Lage im graphischen Gewerbe referierte der Gauleiter Krauß vom Buchbinderverband, dessen Ausführungen mit Beifall aufgenommen wurden. Koll. Schmid ergänzte den Vortrag, der hauptsächlich den anwesenden Kollegen den Wert der Organisation für die arbeitenden Frauen und Mädchen vor Augen führte. Beide Redner betonten die gemeinsamen Interessen der Buchbinder und Hilfsarbeiter, die auch gemeinschaftlich vertreten werden müssen. Der Vorsitzende, Kollege Holzer, wies ebenfalls auf die Notwendigkeit des gemeinsamen Vorgehens beider Gruppen hin und forderte die Anwesenden auf, unermüdet für den Ausbau unserer Organisationen tätig zu sein. Nach erfolgter Aufnahme unserer Mitglieder in beide Verbände wurde die schön verlaufene Versammlung geschlossen. (Eingeg. 27. 3.)

## Rundschau.

Der Arbeitsmarkt im Monat Februar weist nach den Berichten des „Reichsarbeitsblattes“ gegenüber dem Vormonat eine Besserung auf, die aber hinter der stets um diese Jahreszeit eintretenden Verbesserung und insbesondere hinter der im Vorjahre eingetretenen zurückbleiben scheint.

Die Mehrzahl der aus der Industrie vorliegenden Berichte bezeichnen den Geschäftsgang als zufriedenstellend. Die Arbeiterzahl der hierüber berichtenden Firmen hatte um 5,56 v. S. gegen das Vorjahr zugenommen.

Nach den Berichten der Krankenkassen hat sich die Konjunktur gegen das Vorjahr bedeutend verschlechtert.

Die Zahl der bei den berichtenden Krankenkassen am 1. März in Beschäftigung stehenden Mitglieder war um 29 211 größer als am 1. Februar. In dieser Zunahme war das männliche Geschlecht mit 17 996 und das weibliche Geschlecht mit 11 215 Personen beteiligt. Die Steigerung,

die im Februar regelmäßig den im Laufe des Januar eintretenden Rückgang abläßt, war im Februar des Vorjahrs mit einem Mehr von 87 669 (plus 77 244 männlichen, plus 10 425 weiblichen Mitgliedern) wesentlich höher als im letzten Berichtsmonate. Die männlichen Mitglieder haben also in diesem Jahre viel weniger, die weiblichen dagegen noch etwas mehr zugenommen. Die starke Erhöhung an weiblichen Mitgliedern entfällt in der Hauptsache auf die Drickstranctassen, während bei den Betriebskrankenkassen sogar eine Abnahme der weiblichen Personen stattgefunden hat.

Die Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften ist ebenfalls größer als im gleichen Monat des Vorjahres. Es liegen Berichte von 49 Fachverbänden mit 2 042 806 Mitgliedern vor. Von diesen waren im Berichtsmonate 2,9 v. S. gegen 3,2 v. S. im Januar 1913 und 2,6 v. S. im Februar 1912 arbeitslos.

Von 100 Mitgliedern nachstehender Verbände waren arbeitslos:

	Mitgliederzahl	Februar 1913	Februar 1912	Januar 1913
Buchdrucker (G.)	68 610	2,7	2,3	3,5
Buchdrucker-Hilfsarbeiter (G.)	15 760	2,6	2,0	2,5

Die weiblichen Mitglieder unseres Verbandes stehen im Vergleich mit der Beschäftigungslosigkeit der männlichen Mitglieder günstiger da. So waren von 100 Kolleginnen 1,7 arbeitslos, die entsprechend berechnete Zahl bei den Kollegen betrug im Berichtsmonate aber 3,7.

Bei den sieben Organisationen im polygraphischen Gewerbe (die Buchbinder rechnet das „Reichsarbeitsblatt“ zur Papierindustrie) mit zusammen 107 186 Mitgliedern waren 2979 arbeitslos, es kommen also auf 100 Mitglieder immer 2,8 Arbeitslose.

Bei den berichtenden Arbeitsnachweisen entfielen im Februar 1913 auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 190 Arbeitsuchende gegen 191 im Vormonat und 178 im gleichen Monat des Vorjahrs; bei den weiblichen Personen waren die entsprechenden Zahlen 91, 98 und 88. Danach hat sich bei beiden Geschlechtern der Andrang der Arbeitsuchenden gegenüber Januar ein wenig vermindert, er ist aber noch beträchtlich größer als im vorjährigen Februar. Im Februar pflegt stets eine Entlastung des Arbeitsmarktes einzutreten.

**Beabsichtigter Zusammenschluß der Groß-Berliner Steindruckereibesitzer.** Kürzlich wurde der „Berein der Steindruckereibesitzer Groß-Berlins“ gegründet, dem schon eine große Anzahl Steindruckereibesitzer als Mitglieder angeschlossen sind und Ziele, die der Verein verfolgt, gehen aus einem längeren Rundschreiben hervor, welches der geschäftsführende Ausschuß an die Firmen Groß-Berlins versandte. Hier wird mitgeteilt, daß eine große Anzahl Groß-Berliner Steindruckereibesitzer zusammen getreten seien, um gemeinschaftlich darüber zu beraten, wie der augenblicklich und leider schon recht lange bestehenden traurigen Lage des Steindruckereibesitzers abgeholfen sei. Die Gründe für den Rückgang des Gewerbes seien zunächst in solchen Umständen zu suchen, an deren Vorkommnis die Steindrucker kein Verschulden hätten, wie z. B. in unserer unglückseligen Zollgesetzgebung und in den von Amerika auferlegten Zollschranken, dann aber auch in solchen Umständen, die die Steindruckereibesitzer auf ihr eigenes Schuldkonto buchen müßten. Denn man glaube mit Recht behaupten zu können, daß viele Steindruckereibesitzer nicht richtig zu kalkulieren verstanden. Um eine Grundlage zu schaffen, die den einzelnen eine Existenzmöglichkeit, dem ganzen Gewerbe aber eine gewisse Prosperität gewährt, wird ein Zusammenschluß aller Groß-Berliner Steindruckereibesitzer als unbedingt nötig erachtet. Es ließe dies die wichtigste, ja die einzige Forderung des Tages. In zwingender Weise soll sich diese Vereinigung für Groß-Berlin mit den Fragen beschäftigen, die den Lebensnerv der Steindruckereien berühren und es soll versucht werden, daß das Steindruckergewerbe sich wieder zu seiner ehemaligen Blüte heranbilde. Es soll eine Aufklärungsarbeit einsehen, die den Steindruckereibesitzern Übung im kalkulieren verschafft, weshalb Kalkulationsabende eingerichtet werden sollen. Des weiteren soll ein fester Zusammenschluß angestrebt werden, der den einzelnen einen gewissen Rückhalt geben soll, dadurch, daß er die Gewißheit einer richtigen Kalkulationsmethode bei seinen Kollegen hat und nicht mehr befürchten muß, durch eine Offerte unterboten zu werden, die sich auf einer vielleicht ganz un sinnigen Kalkulation aufbaute. Der Zusammenschluß soll ferner den Zweck haben, böswilligen Preisbrüchern das Handwerk zu legen. Es soll

ferner erreicht werden, daß der Fabrikant zu unterscheiden lernt, welchen Teil des Nutzens er der größeren Rationalität seines Betriebes zuschreiben darf, und vor allem soll er lernen, diesen Teil seines Nutzens für sich zu behalten, anstatt ihn, wie leider bisher meistens, dem Besteller zuteil kommen zu lassen. Dahin gehören z. B. die größere Leistungsfähigkeit der Rotationsmaschinen, die Vorteile, die sich aus der Verwendung von Maschinen größerer Formate ergeben, die Ersparnisse, die sich durch gleichzeitigen Druck mehrerer Farben erzielen lassen usw. Die Vereinigung würde aber auch in der Lage sein, ihren Mitgliedern stets die Namen unsicherer Besteller aufzugeben zu können und würde auf diesem Wege ihre Mitglieder vor manchem Verlust zu schützen wissen. Endlich sollte aber auch die Vereinigung versuchen, die Normen für einen Preisetarif im Steindruckgewerbe aufzustellen, wie ein solcher sich mit glänzendem Erfolge bei dem Schweißergewerbe, der Buchdruckerei, behährt habe. Was in dieser Branche möglich war, sei auch im Steindruckgewerbe möglich, sofern ein guter Wille und Bereitschaft zur Mitarbeit nicht fehlen würde.

**Von den Buchdruckern in Neu-Seeland.** Die Buchdrucker in Neu-Seeland waren die ersten, die durch den Landestarif durchsetzen konnten, d. h. durch Erkenntnis des staatlichen Lohn- und Schiedsgerichtes, nachdem schon lange vorher auf ähnlicher Basis Bezirksstarke bestanden hatten. Aber auch diese waren nicht einheitlich. Sie alle sahen die 48-Stundenwoche für Handseher und die 42-Stundenwoche für Maschinenseher vor. Handseher hatten Anspruch auf 7 bzw. 8 Tage Urlaub, jedoch ohne Anspruch auf Lohn, während die Maschinenseher 4 Tage Urlaub mit vollem Lohn erhielten. Der Lohn schwankte in den ländlichen Bezirken zwischen 45 und 53 Mk. pro Woche für Handseher. In den Städten erhielten sie durchweg rund 65 Mk. Maschinenseher erhielten an der Linotype oder Monotype-Maschine 75 Mk. bei Tageslohn, 79 Mk. bei Nachtschicht, doch wurde eine Arbeitsleistung von etwa 7500 ems (nicht ems) pro Stunde an der Linotype, 6000 an der Monotype verlangt.

Der neue Landestarif hat zwei Lohnklassen geschaffen: für Orte mit mehr wie 2500 Einwohnern und solche mit 2500 oder weniger Einwohnern. Als normales Arbeitsquantum für Maschinenseher sollen 7000 ems (statt 7500) angesehen werden. In den vier größeren Städten wurde die Arbeitszeit auch für Korrektoren und Inkeratoren auf 42 Stunden pro Woche reduziert, wie bei allen Maschinensehern. Handseher erhalten jetzt 50 Prozent Aufschlag für Ueberstunden (früher 33 1/2 Prozent). Ihr Wochenlohn wurde in ländlichen Distrikten um je 10—20 Mk. erhöht; in den Städten ist die erstellte Erhöhung etwas geringer. Der Minimallohn ist jetzt 65 Mk. in Orten über 2500 Einwohner und 56 Mk. in allen anderen Orten. Eine Enttäuschung jedoch brachte die Entscheidung des Schiedsamtes in bezug auf die Lehrlingsfrage. Früher war ein Lehrling gestattet für jedes Geschäft, ein weiterer Lehrling bei vier ständig beschäftigten Gehilfen und ein weiterer für jede weiteren drei Gehilfen oder einen Teil davon. Jetzt soll schon bei drei Gehilfen ein zweiter Lehrling eingestellt werden dürfen, weil die Untersuchung ergeben habe, daß es an Handsehern manquele.

**Ein Tarifvertrag in einem Staatsbetriebe.** Zwischen der königlichen Porzellanmanufaktur Nymphenburg-München und dem Porzellanarbeiterverband und dem Fabrikarbeiterverband Deutschlands wurde für die in dem genannten Betrieb beschäftigten Dreher, Maler, Formner und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen ein auf drei Jahre festgesetzter Tarifvertrag abgeschlossen, der den Arbeitern erhebliche Verbesserungen bringt. Der Vertrag regelt Arbeitslöhne und Arbeitszeit, Urlaubsgewähr und Urlaubsentgelt und anderes mehr.

Der Verband der Schneider im Jahre 1912. Am Jahreschluß 1912 zählte der Verband 39 787 männliche und 10 217 weibliche, insgesamt 50 004 Mitglieder. Das ergibt gegenüber dem Jahre 1911 eine Zunahme von 1801 männlichen und eine Abnahme von 282 weiblichen Mitgliedern, mithin eine Gesamtzunahme von 1519 Mitgliedern. Gegenüber den im Jahre 1912 erfolgten Neuaufnahmen von 13 054 männlichen und 4872 weiblichen Mitgliedern ist die Zunahme sehr gering, weil immer wieder Tausende austreten oder wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden müssen. Die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen stiegen um 134 630 Mk. (wovon allerdings 63 570 Mk. als Extrasteuer in Form doppelter Beiträge in Abzug gebracht werden

müssen), und zwar von 857 644 Mk. auf 992 274 Mk. Die Jahreseinnahme betrug einschließlich des Salzdovortrages von 837 013 Mk. insgesamt 1 915 544 Mk., die Ausgabe 1 087 991 Mk., der Restbestand der Hauptkasse 827 552 Mk. Das finanzielle Ergebnis kann insofern befriedigen, als allein für Lohnbewegungen, Streits und Ausperrungen 509 950 Mk., das sind 411 093 Mk. mehr als 1911, ausgegeben wurden. Die Krankenernterhöhung erforderte eine Ausgabe von 125 108 Mk., die Reiseunterstützung 29 621 Mk. Die Lokalkassen hatten außerdem 165 712 Mk. für Lokalkassenbeiträge eingenommen und unter anderem auch für Lohnbewegungen 77 662 Mk. verausgabte. Der Restbestand der Lokalkassen betrug am Jahreschluß 179 186 Mk.

**Ein neues Gewerkschaftshaus in Breslau.** Die Breslauer Gewerkschaften haben dieser Tage ein neues Gewerkschaftshaus, dessen Baukosten 560 000 Mk. betragen, in Benutzung genommen. Das Haus liegt in der Margaretenstraße und enthält u. a. Saalräume für 3000 Personen, außerdem eine Herberge und die Bureaus der Gewerkschaften.

**Fleischpreise und Fleischkonsum.** Ueber die Preisbewegung der hauptsächlichsten Lebensmittel im Jahre 1912 gibt das „Reichsarbeitsblatt“ in seinem Märzheft eine Uebersicht. Die Kleinhandelspreise für Fleisch waren allenthalben höher als im Jahre 1911. Das trifft auch auf das Schweinefleisch zu, das im Vorjahre in allen Berichtsorten im Preise gesunken war. Im allgemeinen vollzog sich die Preisentwicklung so, daß die höchsten Preise in allmählicher Steigerung im Herbst erreicht wurden, während die letzten Jahresmonate im allgemeinen einen Preisrückgang brachten. Die Preise für Rindfleisch und Kalbfleisch waren wie gewöhnlich in Westdeutschland am höchsten, im Osten am niedrigsten. Aehnliches gilt für Hammelfleisch, während Schweinefleisch in Süddeutschland am teuersten war. Eine Berechnung des Fleischverkaufes im Jahre 1912 hat ergeben, daß auf den Kopf der Bevölkerung 53,2 Kilogramm gegen 54,1 in 1911, 52,1 Kilogramm in 1910 entfielen. Danach war der auf den Kopf entfallende Gesamtfleischverbrauch 1912 um 0,9 niedriger als 1911, um 1,1 Kilogramm höher als 1910.

Die Gewerkschaftsmarke ist durch Beschluß des schottischen Gewerkschaftskongresses für die dortigen Organisationen eingeführt worden. Alle unter gewerkschaftlichen Bedingungen hergestellten Waren werden in Zukunft damit kenntlich gemacht. In England benutzt die Organisation der Schuhmacher das „Label“ nach ihren Berichten mit gutem Erfolge. Auch die belgischen Zigarrenmacher haben eine eigene Gewerkschaftsmarke eingeführt. Die größte Bedeutung hat das „Label“ allerdings in den Vereinigten Staaten. Wie konsequent die Gewerkschaften dort für das „Label“ eintreten, mag folgender Vorfall illustrieren: Kürzlich bemerkten die Arbeiter an einem großen Neubau, daß die fertig gelieferten Fenster und Türen ohne „Label“ waren. Sofort stellten sie die Arbeit ein und zwar so lange, bis der Unternehmer einwilligte, alle Türen und Fenster von organisierten Arbeitern der betreffenden Branchen auseinandernehmen und wieder zusammensetzen zu lassen. Oft allerdings kommen die Unternehmer mit einer Geldstrafe davon, die in die Kasse der Gewerkschaften fließt.

Die Reichsdruckerei auf der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914. Bekanntlich wird die Internationale Buchgewerbeausstellung Leipzig 1914 als große Sondergruppe eine Ausstellung der Reichsdruckerei bringen und zwar in einer Vollständigkeit, wie sie bisher auf einer arabischen Ausstellung noch nicht gesehen wurde. Mit der Herrichtung und Ausgestaltung dieser Abteilung ist der Deutsche Buchgewerbeverein in Leipzig beauftragt. Es ist klar, daß auch diese Ausstellung für das

Publikum von höchstem Interesse sein wird, da hier der Laie über die Herstellung von Reichsdruckereien, Wertpapieren, Wertzeichen usw. unterrichtet wird und so einen Einblick in Dinge erhält, die sonst auf Ausstellungen nicht gezeigt werden.

## Eingegangene Druckdriften.

**Kurt Atram:** „Mit 100 Mark nach Amerika“ nebst einem Katechismus „Praktische Ratsschläge für Auswanderer“. Gebunden 1,— Mk. Verlag F. Fontane u. Co., Berlin-Grünwald. Zu beziehen durch die meisten Buch- und Papierhandlungen.

Die Zeiten sind vorüber, da das Wort „Nach Amerika“ eine Zauberkrast zu enthalten schien, die alle Bedenken wegen der Ungewißheit der Zukunft zu bannen imstande war. Heute weiß man, daß auch in den Vereinigten Staaten die gebrauchten Lauben einem nicht in den Mund fliegen, daß häufige Arbeitslosigkeit als Folge des großen Angebotes von Menichenträften dem Einwanderer beschieden ist, zumal wenn er mit törichtem Vorurteilen bezüglich der Verschätzung seiner Person behaftet ist. Aber es ist etwas anderes, vom sicheren Hafen bürgerlicher Wohlstandigkeit theoretische Betrachtungen über diese Zustände anzustellen, als am eigenen Schicksal zu erfahren, wie es drüben zugeht. Nur wer die Anschauung aus persönlicher Erfahrung gewonnen, wer das Durchkosten aller Empfindungen, die solches Auf und Wieder mit sich bringt, erfahren hat, vermag andere, die sich in ähnliche Lagen begeben möchten, zu belehren und zu warnen.

Es war daher ein glücklicher Gedanke, daß der bekannte Schriftsteller Kurt Atram sich auf Veranlassung der Redaktion der „Gartenlaube“ bereit erklärte: das Experiment anzustellen: wie ergeht es drüben einem Einwanderer, der nur seine rohe Arbeitskrast mitbringt und des Englischen nicht mächtig ist? Mit 100 Mark, der für die Landungs-erlaubnis vorgeschriebenen Minimalsumme, und mit einer Zwischendeck-Fahrtkarte ausgerüstet, hat Atram sich auf den Weg gemacht und mehrere Monate hindurch aus dem Ertrage seiner Hände Arbeit seine Existenz bestritten. Er bietet die von diesen Erlebnissen berichtenden Aufzäge jetzt dem deutschen Publikum in einer kleinen Schrift dar: „Mit 100 Mark nach Amerika“, die es verdient, als echte Volksschrift in den meisten Kreisen verbreitet zu werden.

Niemand wird diese Schilderungen ohne Interesse und Bewegung lesen, die Analyse der seelischen Depressionen zeigt dem trefflichen Menschenschilderer in vollstem Glanze. Auf die politischen und sozialen Verhältnisse der Vereinigten Staaten fallen zahlreiche Schlaglichter, namentlich auch was Polizei und Justiz betrifft. Sehr zu loben ist, daß Atram seinem Werke noch dadurch einen weiteren, ganz besonders praktischen Wert gegeben hat, daß er kurze Ratsschläge für die Auswanderungslustigen aufstellt. Die Verlags-handlung hat dem Buch ein recht ansprechendes Außere verliehen.

## Adressenveränderungen.

**Hamburg.**  
Kassierer: Karl Kirchner, Hamburg 15, Viktoriastr. 20 I.

**Kiel.**  
Vorstand: Adolf Neese, Lutherstr. 3 IV.  
Kassiererin: Frau Emma Albrecht, Alsenstraße 2 I.  
Der Arbeitsnachweis befindet sich: „Volkzeitung“, Bergstr. 11.

**Dsnabrück.**  
Vorstand: Max Steinbacher, Hermannstraße 35 I.

**Achtung!** Zahlstelle Berlin. **Achtung!**

Die zum 6. April einberufene Mitglieder-Verammlung kann umfände-  
halber nicht stattfinden.

**Die Ortsverwaltung.**